



Der Druck muss raus!

Im Wortlaut von Jutta Krellmann, 24. Oktober 2013

Von Jutta Krellmann

Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich!
Diese alte gewerkschaftliche Forderung klingt für
Unternehmer normalerweise wie Teufelszeug.

Nun kommt aus Zuffenhausen eine bemerkenswerte
Nachricht: Die VW-Tochter Porsche verkürzt im
Stammwerk die Arbeitszeit der
Produktionsbeschäftigten in zwei Stufen ab nächsten
Jahr um eine Stunde mit vollem Lohnausgleich.

Diese Initiative hat einen ernsten Hintergrund: Die
Produktivität im Porsche-Werk ist in den letzten vier
Jahren enorm gestiegen. Nicht so die Zahl der
Beschäftigten, sie hat in den letzten vier Jahren kaum
zugenommen. Heute werden jeden Tag um 50
Prozent mehr Autos im Werk produziert als vor vier
Jahren. Pro Arbeitsstunde werden bei Porsche heute
deutlich mehr Werte geschaffen als vor vier Jahren.
Diese gestiegene Arbeitsproduktivität bedeutete für

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Produktion in den letzten Jahren vor allem deutlich höheren Arbeitsintensität. Das waren schon immer die Grundlagen, damit Arbeitszeit verkürzt werden konnte.

In vielen anderen Betrieben, indem einem Teil der Beschäftigten die Arbeitszeit auf Null reduziert wird, bedeutete das Arbeitslosigkeit. Nicht so bei der VW-Tochter Porsche. Bei VW wurde Anfang der 1990er Jahre die Arbeitszeit aller Beschäftigten auf 28,8 Stunden reduziert, um Entlassungen zu vermeiden. Bei Porsche sollen kürzere Arbeitszeiten jetzt den Beschäftigten helfen, größeren Arbeitsstress besser zu bewältigen.

Arbeitsbelastung nimmt zu – nicht nur bei Porsche

Die Beschäftigten wissen, dass sie Entlastungen über Arbeitszeit brauchen, sonst wären weitere Produktivitätssteigerungen in Verbindung mit Flexibilisierungen unzumutbar. Und Porsche hat verstanden, dass eine Steigerung ihrer Gewinne über Produktivität in Zeiten von Fachkräftemangel, nur realistisch ist, wenn gleichzeitig "die Arbeit" entlastet wird. Ein kluger Schritt, der nur mit einer starken Interessenvertretung, in Form von Betriebsrat und Gewerkschaft möglich ist.

Aber wie sieht es in anderen gesellschaftlichen Bereichen aus? Das Problem der Arbeitsverdichtung und der dadurch zunehmenden Arbeitsbelastungen haben Millionen andere Beschäftigte auch. Pfleger in Krankenhäusern, Angestellte in Verwaltungen, Erzieherinnen in Kitas oder Telefonisten im Callcenter, leiden unter dieser Entwicklung. Alle seriösen Untersuchungen zeigen, dass der Arbeitsdruck in den Betrieben in Deutschland in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist.

Immer mehr Beschäftigte werden durch
Arbeitsverdichtung krank

Darunter leidet die Gesundheit der Beschäftigten:
Zwischen 2001 und 2010 ist die Zahl der
Krankheitstage wegen psychischer Erkrankungen um
60 Prozent gestiegen. Psychische Erkrankungen sind
mittlerweile die Hauptursache für Frühverrentungen.
Diese Frühverrentungen sind ein echtes Armutsrisiko
für die Beschäftigten.

Im Grunde muss in allen Betrieben dringend etwas
getan werden, damit die Beschäftigten nicht
reihenweise krank werden durch
Arbeitsverdichtungen. Von Fachkräftemangel und
demographischer Entwicklung zu schwadronieren, ist
eine Sache, nach vorne zu handeln eine andere.

In vielen Betrieben gibt es schwierigere Bedingungen,
was die betriebliche Interessenvertretung der
Beschäftigten angeht. Viele Unternehmen sehen
nicht die Chancen in dem Zusammenhang. Probleme
werden mit Entlassung oder mit
Einkommensreduzierungen gelöst.

Anti-Stress-Verordnung gefordert

Damit es nicht dem Wildwuchs zulasten der
Beschäftigten überlassen wird, sind gesetzliche
Regelungen dringend nötig. Die Gesundheit der
Beschäftigten muss vor negativen Folgen der
Arbeitsverdichtung geschützt werden.

Vorschläge dazu gibt es genug – die IG Metall hat
eine Antistress-Verordnung vorgelegt, mit deren Hilfe
übermäßig hohe Verdichtungen der Arbeit im Betrieb
ermittelt und gestoppt werden können. Betriebsräte
und Personalräte müssten erweiterte
Mitbestimmungsrechte bekommen, um

Überlastungen von Beschäftigten zu verhindern, die aus unzureichender Personalausstattung resultieren.

Ministerin von der Leyen hat versprochen, das Thema Arbeitsstress zur Chefsache zu machen, ist dann aber untätig geblieben. Die SPD hat vor der Wahl versprochen, dies zu ändern und hat die Idee der Antistress-Verordnung unterstützt.

Die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag wird der nächsten Regierung genau auf die Finger schauen, damit es nicht bei Worten bleibt.

linksfraktion.de, 24. Oktober 2013